

**WEIL
DAS JETZT
ZÄHLT.**



ERSTER CHECK WAHLPROGRAMME

SPD, CDU/CSU, B'90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE, FDP, BSW und AfD

Stand: 22. Januar 2024



METALLFORDERUNGEN

► Was die IG Metall fordert

WEIL
DAS JETZT
ZÄHLT.



**METALL
FORDERUNGEN**

HIER GEHT'S UM DIE STIMMEN
DER BESCHÄFTIGTEN

- 1.** BESCHÄFTIGUNG SICHERN
UND GUTE ARBEIT STÄRKEN
- 2.** ENERGIEWENDE UND INDUSTRIE: ZUKUNFT
SICHERN, WETTBEWERBSFÄHIGKEIT ERHALTEN
- 3.** ZUKUNFT DER AUTOMOBILINDUSTRIE
AM STANDORT DEUTSCHLAND
- 4.** FÜR EINE ZUKUNFTSWEISENDE
INVESTITIONSPOLITIK
- 5.** FÜR EINE GERECHTE FINANZIERUNG
- 6.** GUTE RENTE FÜR JUNG UND ALT
- 7.** MITBESTIMMUNG: FÜR MEHR
DEMOKRATIE IN DER ARBEITSWELT
- 8.** FÜR EINE STARKE TARIFAUTONOMIE
UND MEHR TARIFBINDUNG

WAHLPROGRAMME



► Hinweis zu den Positionen der Parteien

Einige Wahlprogramme liegen aktuell nur im Entwurf vor. Es ist davon auszugehen, dass auf den ausstehenden Parteitag noch Ergänzungen zu den genannten Themen erfolgen werden. Zudem entstehen derzeit weitergehende Wahlkampfpapiere, die über die Inhalte der Wahlprogramme hinausgehen.

Bei der folgenden Darstellung handelt es sich um verkürzte Positionen, um einen ersten Überblick zu einer Auswahl an Themen zu geben.

CDU/CSU	SPD	Grüne (Entwurf)	DIE LINKE (vorläufig)	FDP (vorläufig)	BSW	AfD (vorläufig)
<p>Neben dem beschlossenen Wahlprogramm liegen vor:</p> <ul style="list-style-type: none">– „Agenda 2030“ Wirtschaftspolitischer Fokus (beschlossen am 11. Januar 2025)– Ein sog. „Sofortprogramm“ soll auf dem Parteitag am 3. Februar 2025 beschlossen werden.	<p>Das Regierungsprogramm wurde am 11. Januar 2025 auf dem Parteitag beschlossen.</p> <p>Ergänzend zum Wahlprogramm wird es eine digitale Matrix mit vertiefenden Beschlüssen u.a. zum Thema Mitbestimmung geben.</p>	<p>Bei Bündnis 90/Die Grünen liegen zahlreiche Änderungsanträge zum Wahlprogramm vor.</p> <p>Die Bundesdelegiertenkonferenz findet am 26. Januar 2025 statt.</p>	<p>Das Wahlprogramm wurde am 18. Januar 2025 auf dem Parteitag beschlossen.</p> <p>Das finale Programm ist zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht veröffentlicht.</p>	<p>Das Wahlprogramm wurde am 18. Dezember 2024 vorgestellt.</p> <p>Änderungen können gegebenenfalls noch auf dem Parteitag am 9. Februar 2025 vorgenommen werden.</p>	<p>Das Wahlprogramm wurde am 12. Januar 2025 auf dem Parteitag beschlossen.</p>	<p>Das Wahlprogramm wurde am 12. Januar 2025 auf dem Parteitag beschlossen.</p> <p>Das finale Programm ist zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht veröffentlicht.</p>

WAHLPROGRAMME

► Beschäftigung sichern und gute Arbeit stärken (1)



Themen	CDU/CSU	SPD	Grüne (Entwurf)	DIE LINKE (Entwurf)	FDP (Entwurf)	BSW	AfD (vorläufig)
Beschäftigungssicherung / Kurzarbeit	Kug wird als Kernaufgabe genannt	Flankierung Beschäftigungssicherung bspw. durch Kurzarbeit	/	Weiterqualifizierungsgeld; Umbau mit Beschäftigungsgarantien	/	/	/
Förderung Qualifizierung	Unterstützung von Nachholen eines Berufsabschlusses; Menschen in Helfertätigkeiten zu Fachkräften fördern; Förderung Teil- & Weiterqualifizierung	Förderung Qualifizierung; Weiterbildungsverbünde & Transformationscluster; Recht auf Weiterbildung	Vermittlung in nachhaltige Arbeit durch Beratung und Qualifizierung; Qualifizierungsgeld; flexiblere Weiterbildungen & Umschulungen	u.a. Beschäftigte dürfen für Weiterbildung ihre Arbeitszeit verkürzen (für diese Zeit mind. 70% - 90% ihres Lohns); Weiterqualifizierungsgeld	aktive Bringschuld und Eigeninitiative inklusive Beweislast, um Arbeitslosigkeit zu vermeiden; Lebenschancen-BAföG; persönliches Freiraumkonto	Junge Menschen qualifizieren & ausbilden; Bei Arbeitslosigkeit: Mitwirkungspflichten bei Qualifizierungsangeboten sind notwendig	Förderung von Weiterbildung während Arbeitslosigkeit.
Job-to-Job; Transfergesellschaften	Personalpartnerschaften erleichtern/rechtssicherer machen	Arbeitsmarktdrehscheiben (BA mit Gewerkschaften und BR); Transfergesellschaften weiterentwickeln insb. für KMU	/	Gründen von Beschäftigungsgesellschaften (Weiterbildung / Vermittlung)	/	/	/
Weiterentwicklung Arbeitslosenversicherung (ALV)	Fokus auf Kernaufgaben; Stabile Finanzierung der BA/Jobcenter; mehr KI in der BA; Leistung aus einer Hand; Ablehnung europäische ALV	Keine Anrechnung auf die Bezugsdauer des ALG von Zeiten einer Qualifizierung während der Arbeitslosigkeit	Vereinfachter Zugang zur freiwilligen ALV für Selbständige	Ausweitung Rahmenfrist; Verlängerung der Bezugsdauer und Erhöhung auf 68%; Rechtsanspruch auf Qualifizierung	Flexibilisierung; Möglichkeit für geringere Beitragszahlungen und in Folge geringere Ansprüche (Auszahlung AG-Beitrag netto)	Langjährig Versicherte erhalten 60 % bis neue zumutbare Arbeit; Reform Versicherungszeiten; Zugang zur ALV für Selbstständige öffnen	ALG erst nach 3 Jahren; ALG wenn Arbeitslosigkeit nicht selbst herbeigeführt wurde (einmalige Ausnahme)

WAHLPROGRAMME

► Beschäftigung sichern und gute Arbeit stärken (2)



Themen	CDU/CSU	SPD	Grüne (Entwurf)	DIE LINKE (Entwurf)	FDP (Entwurf)	BSW	AfD (vorläufig)
Stärkung Ausbildung	Duale Ausbildung weiter voranbringen; Fortführung Allianz für Aus- und Weiterbildung	Weg der Ausbildungsgarantie fortführen; branchenbezogene Umlagefonds	Deutliche Anhebung Mindestausbildungsvergütung; solidarische Ausbildungsumlage; Stärkung der Ausbildungsverbände; (Azubi-Deutschlandticket; Förderung Führerschein für Azubis; Bau von Wohnheimen)	Rechtsanspruch auf vollqualifizierende Ausbildung; solidarische Ausbildungsumlage, um Ausbildungsplätze und Verbundausbildungen für andere Betriebe zu finanzieren; Qualität der Ausbildungsbedingungen verbessern; höhere Mindestausbildungsvergütung; unbefristete Übernahme	internationale Programme wie „Ausbildung Weltweit/ Erasmus“ für Azubis öffnen; keine GEZ für Auszubildende; Weiterentwicklung Exzellenzinitiative Berufliche Bildung	Recht auf einen Ausbildungsplatz;	berufliche Schulen stärken; lebenslanges Lernen stärken; Wert der beruflichen Bildung stärker würdigen
Berufliche Orientierung	Berufsorientierung fördern; strukturierter, individueller Prozess einer Berufsorientierung in allen Schulformen; abgestimmte Maßnahmen mit allen Akteuren	Frühe Berufsorientierung in Schulen und in enger Abstimmung mit BA; Arbeit der Jugendberufsagenturen weiter stärken	Verbessern der Berufsorientierung, informieren an Schulen; mehr praxisnahe Angebote	/	berufliches Orientierungsjahr; Azubi-Botschafter; Frauen in MINT-Berufen; Jugendberufsagentur stärken	keine militärische Werbung in beruflichen Orientierungsphase; Stärkung der Berufsvorbereitung in der Sekundarstufe I; Aufwertung von mittleren Schulabschlüssen und Ausbildungsberufen	frühe berufliche Orientierung an Schulen

WAHLPROGRAMME

► Beschäftigung sichern und gute Arbeit stärken (3)



Themen	CDU/CSU	SPD	Grüne (Entwurf)	DIE LINKE (Entwurf)	FDP (Entwurf)	BSW	AfD (vorläufig)
Arbeitszeit	Wöchentliche anstelle täglicher Höchstarbeitszeit; Überstundenzuschläge bei Vollzeitbeschäftigung steuerfrei	Unterstützung von Gewerkschaften bei neuen Arbeitszeitmodellen; Schaffung eines neuen steuerlichen Anreizes zur Ausweitung der Arbeitszeit von Teilzeitbeschäftigten; steuerliche Begünstigung von Prämien bei Ausweitung der Arbeitszeit	flexible Arbeitszeitmodelle; Rückkehrrecht in Vollzeit; manipulations-sichere Erfassung der Arbeitszeit	Arbeitszeitmodelle, die Vereinbarkeit stärken; Arbeitszeiterfassung; Unterstützung Gewerkschaften für kürzere Arbeitszeiten bei vollem Lohn- und Personalausgleich; 8-h-Tag und Ruhezeiten verteidigen; 40h max. Wochenarbeitszeit; Recht auf Vollzeitstelle; Recht auf vorübergehende Verkürzung	wöchentliche statt tägliche Höchstarbeitszeit; Flexibilisierung Vorgaben zur Arbeitszeit; flexible Arbeitszeiten, Teilzeit etc. ermöglichen; Öffnungsklauseln zu Ruhezeitregelungen; Ablehnung gesetzliche Regelungen zur Vier-Tage-Woche mit vollem Lohnausgleich	flexible Arbeitszeitmodelle in der Verwaltung	Arbeitgeber sollen flexiblere Arbeitszeiten ermöglichen
Stärkung Handwerk	freiwilliges Handwerksjahr; Umkehr Beweislast im Handwerk	gute Löhne im Handwerk	gezielte Förderung der Ausbildung im Handwerk; branchenspezifische Mindestvergütungen im Handwerk; kostenfreier Meisterbrief	ermäßigte Steuersätze für arbeitsintensives Handwerk; Förderung E-Autos fürs Handwerk	/	/	Handwerk und Gewerbe stärken durch mehr ausbildungsfähige Schulabgänger

WAHLPROGRAMME

► Energiewende und Industrie (1)



Themen	CDU/CSU	SPD	Grüne (Entwurf)	DIE LINKE (Entwurf)	FDP (Entwurf)	BSW	AfD (vorläufig)
Industriestrompreis	Entlastungsspielräume sollen bei Steuern und Abgaben auf Energie genutzt werden; Absenkung Stromsteuer	mehr energieintensive Branchen sollen von Entlastungen durch Strompreiskompensation profitieren; Senkung Strompreis für energieintensive Unternehmen	Absenkung Stromsteuer auf EU-Minimum	energieintensive Industrie in Notlagen zeitweise beim Industriestrompreis unterstützen; Senkung der Stromsteuer auf europäischen Mindeststeuersatz (Senkung um bis zu 9 Cent je kWh)	Absenkung Stromsteuer auf EU-Mindestmaß und Einsatz für Abschaffung auf EU-Ebene; CO2-Preis soll Strom- und Energiesteuer perspektivisch vollständig ersetzen	Wettbewerbsfähige Energiepreise durch: langfristige Verträge zu Energieimporten, die sich am Kriterium des niedrigsten Preises orientieren; Verhandlungen mit Russland	/
Netzentgelte	Reduzierung Netzentgelte; Reform Netzentgelte; keine zusätzliche Netzentgeltbelastung für industrielle Großverbraucher	Deckelung der Übertragungsnetzentgelte; Stabilisierung und Absenkung Entgelte für Übertragungsnetz auf 3 kWh	Reform Finanzierung Netzausbau, um Netzentgelte zu senken; Übernahme Netzentgelt für überregionale Stromleitungen	neue Netzentgeltstruktur; Stromerzeuger und int. Stromhandel an Kosten für Stromtransport beteiligen	Netzkosten sollen durch Digitalisierung gesenkt werden; Nachfrage soll durch dynamische Netzentgelte flexibilisiert werden	Netze verstaatlichen; Netzentgelte auf ein Minimum reduzieren	Verhinderung immer höherer Netzentgelte durch Windenergie-Ausbaustopp
Beihilfen zur Strompreiskompensation	/	EU-Beihilferecht modernisieren	dauerhafte und breitere Ausgestaltung der Strompreiskompensation für energieintensive Unternehmen im globalen Wettbewerb	/	/	/	/

WAHLPROGRAMME

► Energiewende und Industrie (2)



Themen	CDU/CSU	SPD	Grüne (Entwurf)	DIE LINKE (Entwurf)	FDP (Entwurf)	BSW	AfD (vorläufig)
Ausbau Erneuerbare Energien	mehr Ausbau von Erneuerbaren Energien, Netzen, Speichern (mehr privates Kapital); neuer Strommarkt	beschleunigter Ausbau Erneuerbarer Energien; effizientes Energiemanagement	Investitionen in und Ausbau von Energieinfrastruktur	Investitionen in Infrastruktur (für „echte“ Erneuerbare Energien)	Erneuerbare Energien vollständig in den Markt überführen	Technologieoffenheit	keine Subventionen für erneuerbare Energien
Ausbau Stromnetze	Ausbau und Standardisierung bei Strom-, Wärme-, Gas-, Wasserstoff- und CO2-Infrastruktur	massiver Ausbau der Stromnetze	europäischer Strombinnenmarkt; Ausbau Stromnetze zu europäischen Nachbarn; Digitalisierung	Strom erzeugungsnah einsetzen; Netzausbau reduzieren	regulatorische Hürden für einen schnellen Netzausbau abbauen	Instandhaltung und Ausbau der Energienetze als öffentliche Aufgaben aus öffentlichen Mitteln finanzieren	Windenergie-Ausbaustopp
Wasserstoff	Standardisierung im Wasserstoffkernnetz; Wasserstoffpartnerschaften; Wasserstoffhochlauf im europäischen Kontext	Wasserstoff fördern; Leitmärkte für grünen Stahl made in Germany schaffen; klug ausgestaltetes Wasserstoffnetz; etwa im Rahmen einer nationalen Wasserstoffreserve	Wasserstoffkernnetz zügig aufbauen; die Erzeugung von grünem Wasserstoff in Deutschland fördern	Wasserstoff nur dort einsetzen, wo er absolut unverzichtbar ist; perspektivisch in allen Anwendungsbereichen nur Einsatz von grünem Wasserstoff	bessere Synchronisierung und Gleichstellung zu anderen Energieträgern	öffentlicher Bau von Elektrolyseuren, insbesondere dort, wo erneuerbarer Strom im Überschuss vorhanden ist	Wasserstoff als Energieträger nicht wettbewerbsfähig

WAHLPROGRAMME

► Zukunft der Automobil- und Zuliefererindustrie in Deutschland (1)



Themen	CDU/CSU	SPD	Grüne (Entwurf)	DIE LINKE (Entwurf)	FDP (Entwurf)	BSW	AfD
Bekennnis zur Automobilindustrie	Bekennnis zum Auto; Automobilindustrie als Leitindustrie erhalten	Deutschland soll führendes Land für Herstellung von Fahrzeugen bleiben	Planungssicherheit für den größten Industriezweig	Unterstützung für Beschäftigte in der Automobilindustrie, dass ihre Standorte und Arbeitsplätze möglichst umfassend erhalten bleiben	Umweltstandards zusammenführen für industrielle Wettbewerbsfähigkeit	Bekennnis zum Anteil industrieller Wertschöpfung; Rettung für europäische und deutsche Automobilindustrie	Deutsche Automobilindustrie als Leitindustrie erhalten
Kaufanreize für E-Autos	/	befristeter Steuerabzugsbetrag für Anschaffung eines in Deutschland produzierten E-Autos; Förderung privater Neuwagenkäufe; Einbeziehung von jungen Gebrauchten und Leasingmodellen; Abschreibungsbedingungen und Änderungen bei der Dienstwagenbesteuerung; Verlängerung Befreiung Kfz-Steuer für E-Autos bis 2035	sozial ausgewogene Kauf- und Leasinganreize; Förderung nur für jene, die in Europa mit hohen sozialökologischen Standards produzieren	öffentliche Hand soll nur noch E-Fahrzeuge anschaffen; nach Bedarf Förderung Umstieg auf effiziente E-Autos; sozial gestaffelte Leasing-Angebote oder KfW-Darlehen für kompakte E-Autos und kleine Nutzfahrzeuge; reine Umstellung auf E-Autos keine tragfähige Strategie für Verkehrswende	/	Kaufprämien im niedrigen Preissegment für Niedrigenergiefahrzeuge und E-Autos können Absatz ankurbeln	/

WAHLPROGRAMME

► Zukunft der Automobil- und Zuliefererindustrie in Deutschland (2)



Themen	CDU/CSU	SPD	Grüne (Entwurf)	DIE LINKE (Entwurf)	FDP (Entwurf)	BSW	AfD (vorläufig)
Verbrenner-Verbot	Verbrenner-Verbot muss rückgängig gemacht werden	Zukunft des Autos liegt in der Elektromobilität; Verbrenner und E-Fuels sind nicht die Lösung	ab 2035 nur noch klimafreundliche Antriebe zulassen	Festhalten an gültiger EU-Richtlinie	Aufhebung des Verbrenner-Verbots	Aufhebung des Verbrenner-Verbots	Aufhebung des Verbrenner-Verbots
Ausbau Ladeinfrastruktur	Ausbau Ladeinfrastruktur	Tempo beim Ladesäulenausbau; Tankstellen verpflichten, Schnellademöglichkeiten anzubieten; Laden an öffentlichen Ladesäulen vereinfachen und günstiger machen	gezielte Förderung für die Ladeinfrastruktur	umfassende Investitionen in die öffentliche Ladeinfrastruktur und Auflagen für mehr Ladepunkte an Tankstellen, im Einzelhandel und am Arbeitsplatz; Ladestrom soll günstiger werden	/	/	/
Flottengrenzwerte	Flottengrenzwerte überprüfen; Strafzahlungen verhindern	Einsatz in Brüssel, dass deutsche Hersteller keine Strafzahlungen leisten müssen; Ziele beibehalten, aber Weg pragmatischer gestalten	Festhalten an Zielen, aber mögliche Strafzahlungen ggf. strecken und für Hochlauf der E-Mobilität durch europäische Programme nutzen	/	EU-Flottengrenzwerte abschaffen	/	Aufhebung aller Flottengrenzwerte

WAHLPROGRAMME

► Zukunft der Automobil- und Zuliefererindustrie in Deutschland (3)



Themen	CDU/CSU	SPD	Grüne (Entwurf)	DIE LINKE (Entwurf)	FDP (Entwurf)	BSW	AfD (vorläufig)
Transformationsnetzwerke	/	Fortsetzung und Intensivierung von regionalen Verbänden, Weiterbildungsagenturen und Transformationsclustern	Unterstützung Ausbau der regionalen Transformationsnetzwerke	setzen uns dafür ein, dass die regionalen Transformationsnetzwerke weiter vom Bund finanziert werden; Wirtschafts- und Transformationsräte in Regionen, die vom Strukturwandel betroffen sind; Rettungsschirm für die Zuliefererbetriebe in Höhe von 20 Milliarden Euro	/	/	/
Batterie	Produktion von Halbleitern und Batteriezellen in Europa stark ankurbeln; EU-Chipgesetz umsetzen; ESRA stärken	Batterieproduktion stärken durch Entlastung Energiepreise; Deutschland muss Standort bleiben für Batterie- und Halbleiterproduktion	gezielte Forschungsprogramme für Batteriezellen; Aufbau von Produktionskapazitäten	Anschubfinanzierung für neue Batterie-technologien	/	Forschungs- und Entwicklungsarbeit an Technologien wie der Feststoffbatterie intensivieren	Batterieproduktion belastet Umwelt stärker als Verbrennungsmotor

WAHLPROGRAMME

► Investitionen und Finanzierung (1)



Themen	CDU/CSU	SPD	Grüne (Entwurf)	DIE LINKE (Entwurf)	FDP (Entwurf)	BSW	AfD (vorläufig)
Fonds für Investitionen	private Investitionen fördern	Deutschlandfonds, der öffentliches und privates Kapital mobilisiert (100 Mrd. Euro)	Deutschlandfonds für Bund, Länder und Kommunen (investive Ausgaben)	Investitionsfonds für Industrieumbau (200 Mrd. Euro); weitere Fonds u.a. für Bildung	attraktiver und starker Kapitalmarkt, der mehr Investitionen und Innovationen ermöglicht	Investitionen in Brücken, Straßen, Schienen, Schulen, Wohnungen und Netze aus der Schuldenbremse ausklammern	Beschleunigung Neuinvestitionen durch Vereinfachung von Planungs- und Genehmigungsverfahren
Investitionen in Dekarbonisierung	Investitionen in Klimatechnologien und Energieeffizienz steuerlich deutlich schneller und besser absetzen	„Made-in-Germany“-Investitionsbonus für Zukunftsinvestitionen und sichere Arbeitsplätze (unkomplizierte Steuerprämie)	Investitionen in die Dekarbonisierung; Änderung Beihilferecht EU; Ausweitung Anwendungsbereich Klimaschutzverträge; Unternehmen finanziell fördern, die pro Euro am meisten CO ₂ einsparen	Förderprogramme und staatliche Infrastrukturprogramme müssen Umbau in Sektoren unterstützen; massive Investitionen in Soziales, Bildung, Gesundheit und klimagerechten Umbau	/	Abkehr vom Wunschdenken einer schnell erreichbaren völligen Klimaneutralität	/
Schuldenbremse	klares Bekenntnis zur Schuldenbremse	Reform der Schuldenbremse für die Länder	Schuldenbremse sinnvoll modernisieren	Abschaffung Schuldenbremse und ihr Ersatz durch „Goldene Regel“	klares Bekenntnis zur Schuldenbremse	Reform der Schuldenbremse aufgrund von maroder Infrastruktur	klares Bekenntnis zur Schuldenbremse

WAHLPROGRAMME

► Investitionen und Finanzierung (2)



Themen	CDU/CSU	SPD	Grüne (Entwurf)	DIE LINKE (Entwurf)	FDP (Entwurf)	BSW	AfD (vorläufig)
Entlastung Kommunen	dauerhaft sichere Einnahmequellen für Kommunen; solide Haushaltspolitik	Lösungssuche für spezifisches Problem der kommunalen Altschulden	faire Unterstützung bei kommunalen Altschulden	Gemeindefinanzreform (100 % Anrechnung der kommunalen Finanzkraft im Länderfinanzausgleich); Altschuldenfonds für überschuldete Kommunen	föderale Strukturen überprüfen, um Staat effizienter zu machen	Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung; gerechte Altschuldenlösung	„Konnexitätsprinzip einhalten“
Begrenzung von Mietpreisen	günstiges Bauen; wirksamer und angemessener Mieterschutz und Regeln zur Miethöhe	Mietpreisentwicklung bremsen; Mietpreisbremse soll unbefristet und auch für Immobilien, die bis 2019 bezogen wurden wirken (keine Umgehungen); Indexmieten deckeln; keine Zweckentfremdung; Transparenz über Mieten	Mietsteigerungen begrenzen; sozialen Wohnungsbau unterstützen; realistische Neubaustrategie; Verlängerung Mietpreisbremse und Anwendung auch auf Wohnungen, die älter als 5 Jahre sind; Regulierung Staffel- und Indexmieten	bundesweiter Mietendeckel; Mieterhöhungen in angespannten Regionen für 6 Jahre aussetzen; Dauermietverträge für alle; Modernisierungsumlage abschaffen; Mietendeckel für Kleingewerbe, Handwerk, kult. Einrichtungen	Vereinfachung des Nebenkostenrechts und Ablehnung eines Mietendeckels	bundesweiter Mietendeckel statt einer wirkungslosen Mietpreisbremse	mehr Wohngeld (anstatt sozialem Wohnungsbau, Mietpreisbremse und Mietendeckel)

WAHLPROGRAMME

► Steuern (1)



Themen	CDU/CSU	SPD	Grüne (Entwurf)	DIE LINKE (Entwurf)	FDP (Entwurf)	BSW	AfD (vorläufig)
Einkommensteuer	Einkommensteuertarif schrittweise abflachen; Grundfreibetrag erhöhen; Einkommensgrenze für Spitzensteuersatz erhöhen; mehr Pauschalierungen und Typisierungen; Einkommensteuerrecht vereinfachen	Entlastungen für Gering- und Normalverdiener bei Einkommenssteuer; Einkommen aus Kapital über den Einkommenssteuertarif besteuern; vorausgefüllte Einkommenssteuererklärung soll Standard werden	Solidaritätszuschlag soll in Einkommenssteuertarif integriert werden	Einkommenssteuerreform mit höherem Spitzensteuersatz (53%) und höheren Reichensteuersätzen (60% bis 75%), dafür höherer Grundfreibetrag (16.800 €)	Grundfreibetrag von 1000 Euro; linear-progressiver Chancentarif, der Mittelstandsbauch beseitigen soll	Kapitalerträge wie Arbeitseinkommen mit dem normalen Einkommenssteuersatz belasten	neues Stufenmodell bei der Einkommenssteuer
Vermögenssteuer	Ablehnung Vermögensteuer	ausgesetzte Vermögensteuer für sehr hohe Vermögen revitalisieren; vermögensbezogene Besteuerung stärken; Spitzenvermögen stärker an der Finanzierung beteiligen	nationale Vermögensteuer	Wiedereinführung der Vermögensteuer; einmalige Vermögensabgabe der Reichsten	Ablehnung von Vermögensteuer oder Vermögensabgabe	Vermögenssteuer für Vermögen ab 25 Millionen Euro mit einem Steuersatz von 1 Prozent reaktivieren, der ab 100 Millionen Euro Vermögen auf 2 Prozent steigt	Vermögen- und Erbschaftsteuer abschaffen

WAHLPROGRAMME

► Steuern (2)



Themen	CDU/CSU	SPD	Grüne (Entwurf)	DIE LINKE (Entwurf)	FDP (Entwurf)	BSW	AfD (vorläufig)
Abgeltungssteuer	/	Vermögen sollen stärker besteuert werden als Arbeit	Im Fokus: Auseinanderklaffen der Besteuerung von Arbeits- und Kapitaleinkommen	Einkommen aus Arbeit wird bisher deutlich stärker besteuert als Einkommen aus Kapital; Einkommen aus Kapital soll unter die Einkommenssteuer fallen	Verlustverrechnungsbeschränkung innerhalb der Abgeltungssteuer vollständig abschaffen	Kapitalerträge wie Arbeitseinkommen mit dem normalen Einkommenssteuersatz belasten	/
Gewerbesteuer	/	/	/	Reform der Gewerbesteuer in eine Gemeindefiskalsteuer	Gewerbesteuer durch eine international systemtaugliche Alternative ersetzen	ausländische Gewinne sollen bei Gewerbesteuer nicht vom Gewerbeertrag abgezogen werden	/

WAHLPROGRAMME

► Gute Rente für Jung und Alt (1)



**WEIL
DAS JETZT
ZÄHLT.**



Themen	CDU/CSU	SPD	Grüne (Entwurf)	DIE LINKE (Entwurf)	FDP (Entwurf)	BSW	AfD (vorläufig)
Stabilisierung und Anhebung Rentenniveau auf 53 %	Keine Rentenkürzungen; durch wirtschaftliches Wachstum stabiles Rentenniveau	Stabilisierung Rentenniveau bei 48 %	Rentenniveau bei mind. 48 %	Rentenniveau wieder auf 53 % anheben	deutlich mehr kapitalgedeckte Elemente in der Gesetzlichen Rentenversicherung	Grundlegende Reform der Rentenversicherung nach dem österreichischem Vorbild (mind. 75 %)	53 % zu niedrig
Keine Anhebung der Regelaltersgrenze Festhalten an Rente mit 63	Festhalten an bestehender Regelung zum Renteneintritt; Beibehaltung Regelung für besonders langjährig Versicherte	keine Anhebung des Rentenalters; Festhalten an abschlagsfreiem Renteneintritt nach 45 Beitragsjahren	Festhalten an Rente mit 67; Rente mit 63 beibehalten; flexible Übergänge in die Altersrente	abschlagsfreie Rente ab 60 Jahre für alle, die 40 Jahre lang gearbeitet und Beiträge gezahlt haben	Flexibler Eintritt, je später jemand in Rente geht, desto höher die Rente	Wer 45 Jahre gearbeitet hat, muss abschlagsfrei mit 63 Jahren in Rente gehen können; keine Erhöhung des Renteneintrittsalters	Ermöglichung eines flexiblen Renteneintrittsalters, abschlagsfrei nach 45 beitragspflichtigen Arbeitsjahren
Einführung Erwerbstätigenversicherung	verbindliche Altersvorsorge für Selbstständige, die nicht anderweitig ausreichend abgesichert sind	langfristig alle Erwerbstätigen in die Solidarität der GRV, zunächst alle Selbstständigen absichern	erste Schritte: Einbezug Abgeordnete; perspektivisch Beamte sowie nicht abgesicherte Selbstständige	solidarische Erwerbstätigenversicherung	individuelle Vorsorge fördern	alle Erwerbstätigen und Selbstständigen in die Sozialversicherungen einbeziehen	/
Position betriebliche Altersvorsorge	Unterstützung KMU bei Abschluss von bAV	bAV stärker fördern, die im Rahmen von TV ausgestaltet werden kann (Angebote ohne Beitragsgarantie)	Bürger*innenfonds als Weg für bAV öffnen	Ergänzende bAV, die mind. zu 50 % von AG finanziert ist	höhere Aktienanteile	/	/

WAHLPROGRAMME

► Gute Rente für Jung und Alt (2)



Themen	CDU/CSU	SPD	Grüne (Entwurf)	DIE LINKE (Entwurf)	FDP (Entwurf)	BSW	AfD (vorläufig)
Position private Altersvorsorge	kapitalgedeckte Altersvorsorge für 6- bis 18-Jährige (zehn Euro pro Monat vom Staat)	staatliche Förderung von privater Altersvorsorge nur für kostentransparente Anbieter und auf kleine/mittlere Einkommen konzentriert	öffentlich verwalteter Fonds u.a. zur Stärkung geringerer und mittlerer Renten für private Altersvorsorge	Möglichkeit schaffen, Riester-Verträge u.ä. Zusatzrenten in gRV zu überführen	Steuerlich gefördertes Altersvorsorgedepots für die private Altersvorsorg	keine Spekulation mit der Rente am Aktienmarkt	Stärkung der privaten Altersvorsorge durch höhere Pauschbeträge
Anreize für Arbeiten im Rentenalter	bis zu 2.000 € steuerfreies Gehalt für freiwillig weiterarbeitende Rentner*innen; Abschaffung Vorbeschäftigungsverbot	Abschaffung Vorbeschäftigungsverbot; Auszahlung AG-Beitrag (ALV, GRV) direkt an Beschäftigte bei Weiterarbeit; Option anstelle monatlicher Zuschläge Einmalzahlung	Auszahlung AG-Beitrag (ALV, GRV) direkt an Beschäftigte bei Weiterarbeit; Anreize zur Weiterarbeit beibehalten	/	flexibler Eintritt	/	Arbeitsanreize für Rentner durch einen zusätzlichen Steuergrundfreibetrag in Höhe von 12.000 Euro
Grundrente	Rente deutlich über Grundsicherung, wenn 45 Jahre Vollzeit gearbeitet, Beiträge gezahlt, Kinder erzogen/ Angehörige gepflegt	Grundrente eingeführt – darauf soll aufgebaut werden	Weiterentwicklung der Grundrente zur Garantierente nach 30 Versicherungsjahren	solidarische Mindestrente von 1400 Euro; Hochwertung Ostverdienste bis 2030	/	Mindestrente von 1500 Euro nach 40 Versicherungsjahren	Ähnlich hohe Rente wie in Österreich soll angestrebt werden

WAHLPROGRAMME

► Soziale Sicherung (1)



**WEIL
DAS JETZ
ZÄHLT.**



Themen	CDU/CSU	SPD	Grüne (Entwurf)	DIE LINKE (Entwurf)	FDP (Entwurf)	BSW	AfD (vorläufig)
Bürgergeld	Bürgergeld abschaffen; Ersatz durch neue Grundsicherung; Wiedereinführung Vermittlungsvorrang und Leistungsstreichung; Mitwirkungspflicht stärken; Karenzzeit abschaffen; jährliche Anpassung modernisieren; Sozialleistungsmissbrauch bekämpfen	Recht auf Arbeit; Bürgergeld-bezieher*innen sollen passendes Angebot erhalten; Mitwirkung wird eingefordert (Festhalten an Prinzip des Forderns); Ziel, Menschen mithilfe von Qualifizierung und Weiterbildung zu unterstützen; Jobcenter personell und finanziell ausstatten	Festhalten an Bürgergeld als existenz- und teilhabesichernde Leistung; Unterstützung durch Qualifizierung; schnelle, nachhaltige Vermittlung; fordern aktive Mitwirkung ein; Arbeitsagenturen und Job-center Instrumente dafür geben	Bürgergeld zu einer sanktionsfreien Mindestsicherung umbauen; Anspruch haben alle, die kein ausreichendes Einkommen oder Vermögen haben; Orientierung Höhe an Armutsgefährdungsgrenze	„Arbeit statt Bürgergeld“; bei fehlender Initiative sollen Sozialleistungen Stück für Stück reduziert werden; Zumutbarkeitsregeln anpassen, dass auch längere Pendelstrecken und Umzüge für Personen ohne Kinder und ohne pflegebedürftige Angehörige zumutbar sind	Bürgergeld durch eine leistungsgerechte Arbeitslosenversicherung und faire Grundsicherung ersetzen; langjährig Versicherte sollen so lange 60 Prozent ihres letzten Nettogehalts erhalten, bis ihnen eine zumutbare Beschäftigung angeboten wird	Grundsätzliche Reform; erwerbsfähige Bürgergeldempfänger, die nach sechs Monaten noch im Leistungsbezug sind, zu gemeinnütziger Arbeit heranziehen
Bürgerversicherung	stehen zu Dualität von gesetzlicher und privater Krankenversicherung	Ausbilden eines Systems einer solidarischen Bürgerversicherung	solidarische Bürgerversicherung	solidarische Gesundheitsversicherung, in die alle einzahlen	/	Einführung einer Bürgerversicherung	/

WAHLPROGRAMME

► Soziale Sicherung (2)



Themen	CDU/CSU	SPD	Grüne (Entwurf)	DIE LINKE (Entwurf)	FDP (Entwurf)	BSW	AfD (vorläufig)
Pflegeversicherung	Mittel der sozialen Pflegeversicherung bedarfsgerechter einsetzen	gemeinsam solidarisch finanziertes Pflegesystem; Nebeneinander von gesetzlicher und privater Pflegeversicherung beenden	Pflegebürgerversicherung mit einem Ausgleich zwischen gesetzlicher und privater Pflegeversicherung	solidarische Pflegevollversicherung; sechswöchige Pflegezeit mit Lohnfortzahlung	/	Pflegevollversicherung, die überwiegend aus Steuermitteln finanziert wird	Pflegeversicherung und Krankenversicherung zusammenführen
Pflegezeit und Pflegegeld	Vereinbarkeit von Pflege und Beruf stärken; mehr Vereinfachung mit einem Pflegebudget erreichen, das flexibel für pflegerische Leistungen eingesetzt werden kann	Familienpflegezeit und Familienpflegegeld analog zum Elterngeld	bei Reduktion von Arbeitszeit für Pflege finanzielle Unterstützung in Form eines zeitlich begrenzten Ausgleichs der entgangenen Einkünfte (Leistung so, dass mehrere Personen sich die Pflege teilen können); berufliche Freistellungen verbessern	sechs Wochen Freistellung bei vollem arbeitgeberfinanziertem Lohnausgleich beim ersten Auftreten eines familiären Pflegefalls; alle pflegenden Angehörigen sollen Geldleistungen und Rentenpunkte erhalten	mehr Vereinbarkeit von Pflege und Beruf	Pflegegeld deutlich erhöhen	häusliche Pflege deutlich höher finanziell honorieren

WAHLPROGRAMME

► Demokratie in der Arbeitswelt



Themen	CDU/CSU	SPD	Grüne (Entwurf)	DIE LINKE (Entwurf)	FDP (Entwurf)	BSW	AfD (vorläufig)
Mehr Mitbestimmung für Betriebsräte	betriebliche Mitbestimmung auf die Höhe der Zeit bringen; prüfen, ob Handlungsbedarf beim BetrVG besteht	echte Mitbestimmungsrechte bei strategischer Personalplanung, Einführung von KI sowie Gesundheitsschutz und Weiterbildung	Erweiterung der Mitbestimmungsrechte bei Klima- und Umweltschutz, Qualifizierung und Gleichstellung	erzwingbares Recht auf Mitbestimmung bei Betriebsschließung, Verlagerung, Investitionen, Umwelt- und Klimafragen, Personalbemessung, Weiterbildung, Gesundheit	/	Schlupflöcher schließen, die sich bei Rechtsformumwandlung ergeben	/
Schutz von Betriebsräten	Sicherstellung, dass Betriebsratsgründungen nicht verhindert werden	Schutz Wahlinitiator*innen von BR-Wahlen; Behinderung wird Officialdelikt	/	Behinderung strenger verfolgen	/	besserer Kündigungsschutz für die Initiatoren von Betriebsratswahlen	/
Digitales Zugangsrecht Online-Wahlen	digitales Zugangsrecht; Online-BR-Sitzungen und Online-Betriebsversammlungen und Wahlen	/	/	digitales Zugangsrecht	/	/	/
Unternehmensmitbestimmung	/	gesetzlicher Mindestkatalog zustimmungsbedürftiger Geschäfte im Aufsichtsrat; keine Umgehung MB im AR	/	paritätische Mitbestimmung in Aufsichtsräten	/	Beschäftigte auch bei strategischen Unternehmensentscheidungen beteiligen	/

WAHLPROGRAMME

► Stärkung von Tarifbindung, Mindestlohn



Themen	CDU/CSU	SPD	Grüne (Entwurf)	DIE LINKE (Entwurf)	FDP (Entwurf)	BSW	AfD (vorläufig)
Bundestariftreuegesetz	Änderungen im Tarifvertragsgesetz, um Tarifbindung zu erhöhen	Bundestariftreuegesetz; europäisches Tariftreuegesetz	Tariftreuegesetz	Öffentl. Investitionen nur mit Beschäftigungsgarantien & TV; Bundestariftreuegesetz	/	Öffentl. Aufträge und Subventionen nur an Unternehmen geben, die Tariflöhne zahlen	/
Stärkung Tarifbindung	Ziel: höhere Tarifbindung; Stärkung Allgemeinverbindlichkeit; mehr Tariföffnungsklauseln; positive und negative Koalitionsfreiheit schützen	Tarifbindung deutlich erhöhen; Vergabe an Tarifbindung knüpfen; Allgemeinverbindlicherklärung erleichtern; Verbandsklagerecht für Gewerkschaften	Stärkere Tarifbindung; Erleichterung Allgemeinverbindlicherklärung	Tarifbindung stärken; Arbeitsministerium soll TV allgemeinverbindlich erklären können; bei Auslagerungen sollen TV unbefristet fortgelten; Klagerecht für GW	/	Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen erleichtern	/
Mindestlohn	gesetzlicher Mindestlohn; unabhängige Mindestlohnkommission	15 Euro Mindestlohn (Orientierung an EU-Richtlinie); EU-Recht muss von Mindestlohnkommission berücksichtigt werden	Mindestlohn von 15 Euro im Jahr 2025 – auch für unter 18-Jährige; Vorgaben Mindestlohnkommission einhalten	Mindestlohn von 15 Euro entsprechend Mindestlohn-Richtlinie; Mindestlohnkommission: Entscheidung mit GW	keine politischen Eingriffe in die Arbeit der unabhängigen Mindestlohnkommission	15 Euro; soll dauerhaft armutsfest sein; künftige Anpassungen sollen sich an der EU-Mindestlohnrichtlinie orientieren	/
Streikrecht	/	keine Änderungen beim Streikrecht	/	Streikrecht verteidigen	verpflichtende Schlichtungsvereinbarung zu Beginn von Tarifverhandlungen & Mindestankündigungsfristen	/	/